

AKTIONSGEMEINSCHAFT NACHTSTROMNUTZER KARLSRUHE

Ulrich Becksmann, Am Kegelsgrund 26, 76229 Karlsruhe

Offener Brief

Herrn
Minister Ernst Pfister, MdL
Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg
Theodor-Heuss-Straße 4

70174 Stuttgart

Energiepolitik: Kampagne für Umstellung auf regenerative Energien. Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg. Zukunft elektrischer Speicherheizungen.

21. Mai 2010

Sehr geehrter Herr Minister Pfister,

bereits im Januar hat die Landesregierung eine Kampagne für die Umstellung auf regenerative Energien gestartet. In der Stuttgarter Zeitung vom 12.01.2010 hieß es: „Wirtschaftsminister Pfister will sich für Windenergie stark machen“. Gilt dies auch jetzt noch, wo sich Ministerpräsident Mappus etwas überlaut für eine wohl über eine Überbrückungslaufzeit hinausgehende Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke einsetzt?

Es ist an der Zeit, dass Baden-Württemberg seine Bremserrolle beim Windstrom aufgibt, die das Land in eine der hintersten Positionen bei dieser Energiequelle im Bund geführt hat. Dazu ist allerdings die Änderung der Planungsstrukturen und insbesondere die Aufhebung der Vorrang- und Ausschlussgebiete erforderlich, zumindest die Ausweisung für neue Vorranggebiete. Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein scheint hier für Karlsruhe besonders restriktiv zu sein. Die schwierige und nur befristete Genehmigung für eine Windradaufstellung für das Fraunhofer Institut für Chemische Technik oberhalb Karlsruhe-Grötzingens, das an der Ionen-Fluss-Akku-Entwicklung arbeitet, verdeutlicht dies. In der Nähe dort oben (z.B. auf der ehemaligen Deponie) wären sicher weitere Möglichkeiten gegeben. Längst hat die Akzeptanz in der Bevölkerung für solche Anlagen zugenommen.

Genau am Fuße des angesprochenen Berges liegt mit dem Wohngebiet Im Speitel ein großes Gebiet mit durch Bebauungsplan festgelegtem Verbot von flüssigen und festen Brennstoffen, so dass hier ausschließlich mit Nachtstrom geheizt wird, da kein Gas liegt.

Es wird Sie, sehr geehrter Herr Minister Pfister, daher nicht wundern, dass von hier aus die viel beachtete und sehr aktive Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe ihren Ausgang nahm, um gegen die Verurteilung der elektrischen Speicherheizungen als Klimakiller und gegen die politischen Maßnahmen zur Ausmusterung vorzugehen.

Nach dem Beschluss des Umweltausschusses des Landtags im Dezember 2009 zu diesem Thema hatten wir Umweltminister a.D. Ulrich Müller als Vorsitzenden und MdL Johannes Stober zu einer öffentlichen Veranstaltung am 2. März hier in Grötzingen. Diese war mit ca. 400

betroffenen Teilnehmern (einige andere waren auch darunter) eine Demonstration für ein Ende der falschen Beurteilung und der Maßnahmen zur Umrüstung.

Dabei kommt uns gerade die Einschätzung der Klimaschutz- und Energieagentur (KEA) des Landes zu Hilfe, die zwar auch noch die elektrischen Speicherheizungen schlecht macht, aber andererseits nach der Befragung Baden-Württembergischer Städte zumindest für Karlsruhe zu der Erkenntnis kommt, dass die Regelung der EnEV in diesem Punkt ins Leere läuft und auch perspektivisch nicht zu einer nennenswerten Einsparung von Heizstromverbrauch führen wird.

Wir hatten den Eindruck, dass Minister a.D. Ulrich Müller und Johannes Stober bei uns erkannt haben, dass von den „Nachtstromern“ schon erhebliche Vorleistungen zur Energieeinsparung geleistet wurden und die Bereitschaft zu weiteren Dämmmaßnahmen vorhanden ist. Das ließe sich noch fördern, wenn da nicht die Schlechterbehandlung der Betreiber von elektrischen Speicheröfen durch die EnEV wäre, die den Energiewert bei der Erstellung des Energieausweises um den Faktor 2,7 von vornherein verschlechtert und so auch die Förderung von Dämmmaßnahmen durch die KfW einschränkt (statt bis zu 70.000 EUR nur 50.000 EUR Kredit bei einem Zinssatz von 2,47% statt 1,41% gewährt). Das fand bei den Abgeordneten übrigens Unverständnis und Bereitschaft zur Abhilfe. Gerne hätten wir den Politikern auch die reale Situation in dem genannten Wohngebiet noch eindringlicher vor Augen geführt und hatten mit dem Umweltausschussvorsitzenden Ulrich Müller schon einen Ortstermin anlässlich eines in Karlsruhe für den 20. Mai ins Auge gefassten Besuchs des Ausschusses vorgesehen. Nun wurde dieser Besuch abgesagt, auch weil die Kompetenz des Ausschusses sich verlagert und andere Schwerpunkte und Termine erfahren hat.

Deswegen wenden wir uns jetzt an das Wirtschaftsministerium, das auch durch die eingangs erwähnten Äußerungen zum wichtigen Ansprechpartner für uns wird. Auch beruht das Scheitern der EnEV im §10a vor allem auch auf ökonomischen Gründen und Unmöglichkeiten der Finanzierung.

Wir wundern uns, dass die Empfehlung der Deutschen Energie-Agentur (dena) vom 28.12.2008 (Veröffentlichung in Sonntagsausgaben der großen Tageszeitungen) in der Öffentlichkeit und bei den Politikern, auch bei der KEA, so wenig oder gar keine Beachtung gefunden hat. Sie stellt nämlich fest, dass die bewährte Technologie der Nachtspeicherheizungen auch für Windenergie genutzt werden kann, wenn diese im Überschuss zur Verfügung steht. Dabei wird zurückliegend immer wieder auf die Minuspreise zur Abgabe großer, vor allem Windstrommengen, hingewiesen, die besonders dann entstehen, wenn Speicherheizungen diese abnehmen könnten. Noch fehlt es an dem Ausbau der Netze, insbesondere intelligenter Smart Grid-Netze, die für die Zukunft entscheidend werden. Hier sind wichtige Entwicklungen für die weitere Nutzung regenerativer Energien voranzubringen. Karlsruhe würde hierfür nicht nur mit dem KIT (MeRegio-Projekt), sondern auch mit den vielen Speicherheizungen ein interessantes Modell bieten.

Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören und vielleicht auch ein Signal in die richtige Richtung zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Becksmann, Sprecher der Aktionsgemeinschaft